Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 108. | Dresden, Freitag den 13. Mai 1910. | 21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Der Reichstag.

Zeit der Zersetzung und Zerfahrenheit. — Vom Bülow-Block zum Spahn-Heydebrand-Block. — Vom Scheinparlamentarismus zum wirklichen Parlamentarismus. — Niederwerfung der Reaktion.

In Ergänzung und Fortführung unserer Ausführungen über die letzte Reichstagssession veröffentlichen wir die folgenden Darlegungen aus der Feder des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. A. Südekum:

Ein zwar nicht sehr langer, aber ungewöhnlich arbeitsreicher Sitzungsabschnitt des Reichstags ist mit der Vertagung seiner Verhandlungen bis zum 8. November dieses Jahres zu Ende gegangen. Die Arbeiten an der „Finanzreform" vom Jahre 1909 hatten Freunde und Gegner der Regierung ganz außerordentlich angespannt, so daß schon im vorigen Herbst die Absicht laut wurde, die folgende Session möglichst kurz zu gestalten, um endlich einmal wieder den zahlreichen Abgeordneten, die in einem bürgerlichen Berufe stehen, ausgiebige Gelegenheit zur Ordnung ihrer privaten Verhältnisse zu geben.

Dagegen ist nun gewiß nichts zu sagen, denn die Mitglieder aller Parteien haben gleichmäßig ein Interesse daran, daß sie den Parlamentsverhandlungen nicht völlig absorbiert zu werden. Nur eine Minderheit von ihnen erfreut sich entweder günstiger Vermögensumstände, daß sie ohne Rücksicht auf Erwerb fast das ganze Jahr fern vom Wohnort weilen können oder beziehen als Beamte des Staates und der Gemeinde das Gehalt auch während der Dauer der Parlamentssitzungen unverkürzt weiter. Bedenklich ist bei der Sache, daß infolge der notwendigen frühen Vertagung eine sehr erhebliche Menge von dem Reichstag vorgelegten Gesetzgebungsstoffes nicht erledigt werden konnte, vielmehr in der nächsten Session von neuem auf der Tagesordnung erscheinen wird. Eine Reihe von Arbeiterschutzgesetzen, wie die Novelle zur Gewerbeordnung, das Gesetz über die Heimarbeit, der Entwurf über die Arbeitskammern und andere mehr, ist nun schon allzuoft und allzulange zurückgestellt worden, von der Versicherung der Witwen und Waisen der Arbeiter gar nicht zu reden.

Indessen ist nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, der frühe Sessionsschluß schuld daran, daß diese und andere Gegenstände in der parlamentarischen Maschinerie unerledigt stecken geblieben sind. Die Hauptursache des Verzugs müssen wir an anderer Stelle suchen. Erst vor wenigen Monaten hat der sogenannte Reichskanzler bei Gelegenheit der preußischen Wahlrechtssachen im preußischen Landtage das große Wort gelassen ausgesprochen, in Deutschland hätten wir kein parlamentarisches Regime; die Regierung trachte sich nicht als Beauftragte einer Mehrheit von Volksvertretern, sondern suche sich gemäß der Verfassung und der Ueberlieferung ihre Stellung über den Parteien, verantwortlich allein dem Könige, der sie zum Amte berufen und allein auch die Macht habe, sie ihrer Würde wieder zu entkleiden. Was der Reichskanzler da sprach, ist im allgemeinen richtig, und wir könnten es als Zustandsschilderung unterschreiben, wenn er ein einziges kleines Wörtchen hinzugefügt hätte; nämlich das Wörtchen „noch". Deutschland besitzt das parlamentarische Regime noch nicht. Noch haben wir nicht die im Zentralparlament vereinigte Selbstverwaltung und Selbstregierung des Volkes, noch nicht die Ministerverantwortlichkeit als Ausdruck für die Verantwortlichkeit der Parlamentsmehrheit. Wer aber Augen hat zu sehen, der erkennt in den Schwierigkeiten, die sich neuerdings in immer gehäufterem Maße der parlamentarischen Arbeit entgegenstellen, die Anzeichen des Uebergangs zu einem neuen Regierungssystem.

Der Bülowsche Block der Rechten und der bürgerlichen Linken, reaktionär in seinem Ursprung und in seinem Wirken, wie er war, ist grundsätzlich als die erste Durchbrechung des rein bureaukratischen Regierungssystems zu betrachten. War auch der Rücktritt Bülows nach dem Scheitern seiner Finanzpläne von seinem Amte mehr eine Folge der Dezemberabrechnung von 1908 mit dem persönlichen Regiment, so wurde er doch öffentlich begründet mit dem Zerfall der parlamentarischen Mehrheit, die sich der Kanzler für seine Regierungstätigkeit zusammengestellt hatte. Den Platz des zertrümmerten Blocks nahm darauf die schwarzblaue Koalition ein, eine von Peter Spahn und Ernst Heydebrand geführte Schar, die mit ihren Anhängseln über die Mehrheit im Reichstag verfügt. Aber Bülows Nachfolger wollte unter allen Umständen vermeiden, diese Mehrheit als seine Auftraggeberin erscheinen zu lassen. Er hatte als Bülows erster Gehilfe die Auflösung des Reichstages gutgeheißen, die im Jahre 1907 das Zentrum aus der beherrschenden Stellung vertreiben sollte, er hatte die einzige Arbeit des Bülowblocks, das neue Vereinsgesetz, mit seinem Namen gedeckt, er behielt Dernburg als wichtigen Mitarbeiter in seinem Ministerium — da wäre ein zu plötzliches Abschwenken von der Richtlinie der Bülowschen Politik als gar zu demütige und demütigende Handlung erschienen. Ueberdies hat der schwarzblaue Block durch die schändliche Auspowerung der Volksmassen mit dem Raubzug der sogenannten Steuerreform so unendlich viel Haß und Erbitterung im Lande hervorgerufen, daß es Bethmann im Interesse der Regierung geboten erschien, sich nicht als sein Vertreter öffentlich bezeichnen zu lassen. Und endlich liegt auf der Hand, daß eine aus Schwarzen und Blauen zusammengesetzte Mehrheit im Parlament niemals das Abbild der Mehrheitsverhältnisse im deutschen Volke sein kann: nur auf Grund einer unsinnigen Wahlkreiseinteilung und mittels eines schamlosen Wahlterrorismus konnte diese Mehrheit entstehen, nur durch die offene Vergewaltigung von Recht und Gerechtigkeit in Sachen der Wahlprüfungen konnte sie sich aufrecht erhalten. Alles Gründe für Bethmann Hollweg, den Versuch zu machen, sich für seine verschiedenen Gesetzesvorlagen je nach Bedarf und Möglichkeit verschiedene Mehrheiten im Reichstage zusammenzusuchen.

Diese Versuche sind mißlungen. Bei jeder Vorlage, die der Beratung unterzogen wurde, trat von neuem zutage, daß ein straffes und sicheres Arbeiten im Parlament unmöglich ist, wenn ihm die verantwortliche Mehrheit fehlt. Niemand kann zween Herren dienen. Dieses alten Spruches Wahrheit offenbarte sich wieder einmal. Mit Aufwand von viel Kunst und Sorgfalt hat die Regierung ihre Entwürfe gewissermaßen neutral gestaltet; sie waren nicht warm und nicht kalt, nicht vollständig und in jedem Punkte reaktionär, aber auf der anderen Seite für fortschrittliche Kreise doch wieder viel zu reaktionär, als daß sie hätten zustimmen oder sich auch nur passiv verhalten können. Die Folge davon war, daß sich das Plenum und die Kommissionen des Reichstages in schier endlosen Sitzungen und unter Aufgebot einer geradezu aufreibenden Mühe daran machten, die Entwürfe so umzugestalten, daß sie für irgendeine Mehrheit annehmbar wurden. Als ein Ergebnis solcher Bemühungen haben wir die höchst merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß z. B. beim Kaligesetz schließlich die Konservativen im Bunde mit den Sozialdemokraten den Hauptbestandteil einer Mehrheit bildeten — einen „blauroten Block", wie man im Parlament scherzweise sagte.

Ehe ein solches Ergebnis zustande gebracht werden konnte, bedurfte es allerdings, wie gesagt, wochenlanger Arbeit in den Kommissionen, in den einzelnen Fraktionen und bei Besprechungen zwischen den einzelnen Fraktionen. Was eigentlich die Geheimräte der Regierung, die mit dem ganzen Rüstzeug ihres Ressortwissens ausgerüstet sind, und sich der Mithilfe einer jederzeit beliebig vermehrbaren Anzahl von Beratern erfreuen, hätten leisten sollen, nämlich die Detailarbeit an den Gesetzesvorlagen, fiel nun auf die Schultern der Abgeordneten. Sie mußten sich in den schwierigen Stoff, den es zu bearbeiten galt, geradezu hineinwühlen. Um etwas zu leisten, was seiner ganzen Natur nach eigentlich nicht im Parlament geleistet werden kann. Es ist etwas ganz anderes, an einem Gesetzentwurf eine sachdienliche Kritik zu üben oder ihn selbst auszuarbeiten. Bebel hat einmal bei einer gelegentlichen Erörterung der Frage, was wir Sozialdemokraten wohl tun würden, wenn wir plötzlich die Macht in unseren Händen sähen, geantwortet: „Dann würden wir die Geheimräte beauftragen, uns die und die Gesetze entsprechend unseren Grundsätzen auszuarbeiten." Das ist ein durchaus richtiger, ja man muß sagen, der einzig richtige Standpunkt. Zur Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen zu der organischen Anknüpfung neuer Vorschriften an bestehende auf irgendeinem Gebiete ist die Bureaukratie vorhanden, die bei weit getriebener Spezialisierung allein imstande sein wird, die komplizierten Verhältnisse der modernen Wirtschaft und Politik bis in alle Einzelheiten zu überschauen. In wirklich parlamentarisch regierten Ländern, wie z. B. in England, in Frankreich, in Italien, fällt es dem Parlamente auch gar nicht ein, sich Lasten aufzubürden, wie sie der deutsche Reichstag in der letzten Zeit auf sich genommen hat. Dort beauftragt die verantwortliche Mehrheit der Volksvertretung die Regierung mit der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, deren Grundzüge sie bestimmt, aber auch nur deren Grundzüge. Entsprechen die Entwürfe nicht den Erwartungen, dann werden sie kurzer Hand abgelehnt und zurückgegeben; ändert sich die Mehrheit, dann verschwinden die Entwürfe im Papierkorb und andere, die auf anderer Grundlage aufgebaut sind, treten entsprechend der geänderten Mehrheit an ihre Stelle. Dieses System ermöglicht ganz allein das Funktionieren der parlamentarischen Maschine. Entweder Absolutismus, das heißt Schaffung der Gesetze durch eine unverantwortliche und an das Votum einer Volksvertretung nicht gebundene Regierung, oder parlamentarisches System, das heißt tatsächliche und verantwortliche Regierung der Mehrheit der Volksvertretung, — ein drittes gibt es nicht.

Man muß sich immer darüber im klaren sein, daß heute die Aufgaben des deutschen Reichstages ganz anders sind als noch vor etwa 20 Jahren. In den Anfängen des deutschen Zentralparlaments war die der Volksvertretung zugemutete Arbeit nicht erheblich groß. Wir hatten damals noch keine Kolonien, keine Flotte, keinen oder einen sehr geringen Arbeiterschutz, keinen weitausgreifenden Komplex von sozialen Versicherungsgesetzen, die Beziehungen der auswärtigen Politik waren leicht übersehbar, die Handelspolitik fast bedeutungslos, mit Steuervorlagen wurde die Volksvertretung selten behelligt, und wenn es einmal geschah, dann hielten sich die Anforderungen in einem Rahmen, der inzwischen längst gesprengt worden ist. Das alles ließ sich mit einer Art von Scheinparlamentarismus wohl bewältigen. Während der dreijährigen Legislaturperioden trat das Parlament nur wenige Monate zusammen und hielt während dieser kurzen Zeit kurze Sitzungen; nur wenige Gesetzentwürfe wurden Kommissionen überwiesen, nur selten nahmen die Kommissionen grundsätzliche Aenderungen an ihnen vor. Das ist alles ganz anders geworden. Und gerade weil es anders geworden ist, hat es den Reichstag in eine Sackgasse hineingeführt. Nur einen Ausweg gibt es daraus: Uebergang vom System des Scheinparlamentarismus zum wirklichen Parlamentarismus.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche stille aber tief eingreifende Umgestaltung unserer Verfassungsverhältnisse auch den einzelnen Parteien große Probleme zu lösen aufgibt. Und vor allen Dingen darf man eines nicht verkennen, daß nämlich ein parlamentarisches System bei uns in Deutschland solange unmöglich ist, wie die realpolitisch geradezu unmögliche Zentrumspartei in der heutigen Form weiterbesteht. Der Sturz der Zentrumsmacht ist die Voraussetzung der Weiterbildung unserer Verfassungsverhältnisse. Ob es bei den nächsten Wahlen möglich sein wird, dem Zentrum erheblichen Schaden zuzufügen, muß dahingestellt bleiben. Aus seiner überragenden Stellung kann es aber schon durch eine Zertrümmerung der konservativen Partei herausgebracht werden. Denn nur durch die Verbindung mit den Konservativen und anderen reaktionären Parteigruppen vermag das Zentrum eine reaktionäre Mehrheit zu bilden. Werden die Konservativen unter dem Eindruck der Steuerreform und ihres brutalen Verhaltens in Preußen in die Pfanne gehauen, dann ist es auch mit der bisherigen Herrschaft des Zentrums vorbei. Freilich wäre es ja sozusagen theoretisch in der Lage, mit den Sozialdemokraten und der bürgerlichen Linken eine andere Mehrheit zu bilden, wie es ja auch schon in Einzelfragen häufig der Fall gewesen ist; aber ein dauerndes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und des Liberalismus mit dem Zentrum ist ganz ausgeschlossen; selbst wenn das überaus anpassungsfähige Zentrum, daß sich oft in taktischen Ueberraschungen gefällt, entschlossen wäre, diesen Weg zu betreten, so würde es bei dem Versuche sehr bald in die größten inneren Schwierigkeiten geraten. Der Zentrumsturm steht nur sicher, so lange er auf reaktionärem Fundamente ruhen kann; einmal von diesem Platze abgerückt, muß er ins Wanken kommen, vielleicht sogar zerfallen.

Natürlich darf bei alledem nicht übersehen werden, daß an den ebenso verfahrenen wie reaktionären Verhältnissen der gegenwärtigen Reichspolitik ein Hauptanteil der Schuld den Liberalismus trifft. Insbesondere die Nationalliberalen haben durch ihr Bündnis mit den Konservativen bei der Wahl von 1907 und in der Folgezeit durch ihre Bereitwilligkeit bei der Finanzreform, durch ihre volksfeindliche Haltung in der Sozialpolitik und durch ihre auf das Reich zurückwirkende jammervolle Politik in der preußischen Wahlrechtsfrage den Triumph der Konservativen erst ermöglicht und herbeigeführt. Abgesehen selbst von der Sozialdemokratie — auch die wirklich liberalen bürgerlichen Schichten werden, wenn sie das konservative Joch beseitigt sehen wollen, sich gleichfalls von allen den strebsamen Politikern befreien müssen, die stets den Anschluß nach rechts verkündet und gesucht haben.

Ueberschauen wir von diesem Standpunkte aus das Werk der letzten Reichstagssession noch einmal, so erkennen wir, daß es unbefriedigend in allen Einzelheiten, doch höchst wichtig und bemerkenswert als ein Zeichen von Zersetzungen und Umwandlungen war, die der Vorbote tief greifender Umgestaltungen unserer politischen und sozialen Zustände sind.

Roosevelt in Berlin.

So wenig die Rede, die Roosevelt in der Berliner Universität in Anwesenheit des Kaisers, der kaiserlichen Familie, des Reichskanzlers, vieler „Würdenträger" und nebenbei auch der Professoren und Studenten vortrug, als eine geistige Leistung eingeschätzt werden kann, so entbehrte sie doch gerade angesichts der Zuhörerschaft, die sie hatte, nicht eines gewissen pikanten Interesses. Zum Beispiel, wenn Roosevelt die zunehmende Internationalisierung der Kultur so kennzeichnete:

> China eignet sich westliche Methoden an, die Türkei und Persien geben sich eine europäische Staatsverfassung. Indien, Aegypten und die Philippinen rufen ungeduldig nach einer Regierungsform nach englischem oder amerikanischem Typ.

Hier war es offenbar nur des Redners Höflichkeit, die ihn vergessen ließ, zwischen Aegypten und den Philippinen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100513/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG